

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 12.—18. Kon. 200 Milliarden M. Einzelne Nummern 35 Milliarden M.
Verleger: Verlagsanstalt R. Z. 21293 - Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 - Stadtkontokasse Dresden Nr. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingelastet 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Hiehungskisten der Verwaltung der Staatsgütern und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 267

Dresden, Sonnabend, 17. November

1923

Dr. Stresemanns kritische Lage. Rücktrittsgesuch des Reichswirtschafts- ministers Koch.

Berlin, 17. November.
Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:
Am Dienstag trat der Reichstag zusammen, um über die Politik des Kabinetts Stresemann sein Urteil zu fällen. Der gegenwärtige Reichskanzler ist darüber unterrichtet, wie man in den Mittelparteien und innerhalb der Sozialdemokratie über ihn und die von ihm getriebene Politik denkt und er weiß auch, daß seine Position im Augenblick politisch kaum erhaltbar ist. Aus diesem Grunde versucht er jetzt, fünf Minuten vor Tagesanbruch zu fliehen, was noch zu retten ist, weil er glaubt, Reich und Volk durch seine weitere Reichskanzlerschaft einen Dienst zu erweisen. Insbesondere wird von ihm gegenwärtig versucht, bei der Sozialdemokratie Gesellen zu finden, die sie zur Abwendung ihrer bisherigen Haltung zu veranlassen. Endlich soll er einsehen, daß der Ausnahmestand überholt ist und aufgehoben werden muß. Zu dieser Annahme hat ihn ausnehmend auch das Regime des Herrn v. Seelitz veranlaßt, der seine Maßnahmen in den letzten Tagen nicht nur auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beschränkte, sondern sich, als Militärbefehlshaber, außerdem die Vollmachten anderer Ressorts anmaßte. U. a. gelang es vor wenigen Tagen eine Verordnung gegen die Schlemmerlokale, die zweifellos angebracht war. Herr Koch, der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister, hat sich dadurch verlegt, daß er den Eingriff in die ihm zustehenden Befugnisse am Donnerstagmittag mit einem Rücktrittsgesuch beantwortet. Erst auf dem Wege der Verhandlungen wurde dieser Schritt gestoppt, jedoch Herr Koch sein Rücktrittsgesuch zurücknehmen konnte.

Auch in anderer Beziehung werden Herrn Stresemann wieder einmal politische Wandlungen nachgesagt. Er selbst hat zwar schon längst eingesehen, daß mit seiner Fraktion, der Volkspartei, in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht zu rechnen ist, ohne daraus aber die Konsequenzen zu ziehen. In den letzten Wochen ist vielmehr durch ihn den Sozialisten der eigenen Fraktion Rechnung getragen worden. Schon deshalb fällt es ihm sehr schwer, dem ihm zurzeit wieder nachgesagten Anlauf zur Entschlossenheit gegen die Reichsregierung in seiner Fraktion Widerstand zu leisten. Es wird nämlich behauptet — und wir haben Anlaß, anzunehmen, daß diese Äußerungen von Herrn Stresemann selbst stammen — daß der Reichskanzler beabsichtigt, in der am Sonntag stattfindenden Sitzung des Zentralvorstandes der Volkspartei eine reinliche Scheidung zwischen sich und den Abgeordneten M. A. R. E. C. u. a. H. H. und Gen. vorzunehmen. Wir wollen den Sonntag abwarten und dann urteilen. Jedenfalls kann Herr Stresemann mit Verhörungen auf die Sozialdemokratie nicht den geringsten Eindruck machen, wie auch der Versuch vergeblich ist, die sozialdemokratische Fraktion durch die Drohungen mit einer ev. Auflösung des Reichstags zu einer ihm angenehmen Haltung veranlassen zu wollen. Zunächst hat auch der Reichspräsident bei einer Aufforderung noch ein Wort mitzureden, und selbst wenn die Aufforderung kommen sollte, nachdem alle Möglichkeiten zur Bildung einer neuen parlamentarischen Regierung erschöpft sind, braucht die Sozialdemokratie keine Wahlenswege zu beschreiten.

Kontenmarkkredite für die Industrie Nur auf wertbeständiger Grundlage.

Berlin, 17. November.
Western haben zwischen den Vertretern der Rentenbank und der Industrie Verhandlungen fortgesetzt. Vor allen Dingen wurde die Frage der Kontenmarkkredite in Rentenmarkl erörtert. In einem Abschluß der Verhandlungen ist es nicht gelungen. Allerdings steht jetzt schon fest, daß die Kontenmarkkredite an die Industrie nur auf wertbeständiger Grundlage gewährt werden können.

Dank vom Hause Stinnes.

Der Gewalttät der Sechenbarone.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:
Der alte Plan der französischen Politik, Deutschland zu teilen und zu beherrschen, hat jetzt die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Großindustrie gefunden. Sie hat in den letzten Tagen offen ihre Bereitschaft gezeigt, die Einheit des Reiches, von Millionen von Volksgenossen unter Aufopferung von Leib und Leben monatelang verteidigt, ihren Interessen zu opfern. Anders können die von ihr im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen nicht gewertet werden. Sie verfügt über das Gebiet, als ob es nicht mehr zu Deutschland gehört und sieht sich als Beherrscherin des Landes an Ruhe und Umsicht.

Sie sagt dem Volke, dem Staat die Fehde an

und diktiert, weil sie die Ohnmacht der Republik kennt. Der Kampf, den der deutsche Staat, seit den denkwürdigen Novembertagen im Jahre 1918, um seine Existenz führt, mußte seine besten Kräfte verzehren. Die gisante Atmosphäre der Ultimaten, der offene und verdeckte Krieg Frankreichs, der in der Besetzung des Ruhrgebietes seinen parabolischen Triumph feierte, haben jenes Chaos heraufbeschworen, für das allerdings die Unentschiedenheit und Unentschiedenheit der republikanischen Regierungen mitverantwortlich zu machen ist. Während aber der Staat erlag und in politischen und wirtschaftlichen Krisen zuckte, erhartete die Industrie, auf deren Rat die Regierung der Republik nur allzu willig hörte. Sie hat die Regierung Guno in der Abicht befehrt, es auf den Ruhrkampf antommen zu lassen,

aber die Konsequenzen lebte sie ab und sieht sich fast genug, jenem Staat, den sie mit ihr Verderben getrieben hat, die natürlichste staatsbürgerliche Pflicht, die Treue, gerade in der allerhöchsten Not zu versagen. Sural setzen sich die Vertreter dieser Industrie, die „nationalen“ Männer von ebenem, über Geiz und Neid hinweg und negieren die Interessen einer Bevölkerung, die, in heroischem Kampf, den deutschen Boden und die Freiheit deutscher Arbeit verteidigt hat.

Das neueste Tödel der Eisen- und Kohlenbarone beweist, wie weit ihr Radikalismus geht. Der Verband der Eisen- und Stahlindustrie hat am Donnerstag dem Dezerenten des Dortmunder Arbeitsamtes erklärt, daß der Dreifachdienst, die Schicht zu 8 Stunden gerechnet, aufhört und an seiner Stelle

zwei Schichten zu je 10 Stunden verfahren werden müssen. Kurz und bündig bezeichnet er 30 Proz. der Ruhrbergarbeiterschaft als zu viel. Sie sollen nach dem unbesetzten Deutschland abgehoben werden, wo sie in der Landwirtschaft unterkommen könnten. Ebenso „sozial“ gehalten ist eine Erklärung des Vertreters des Bergbau- und der Direktoren der Zeche „Scharnhorst“ und „Gneisenau“. Sie möchten dem Dezerenten des genannten Arbeitsamtes Mitteilung von dem Beschluß des Zecheverbandes, sämtlichen Belegschaften zum 1. Dezember zu kündigen. Auch müßten sie es in Zukunft ablehnen, ihre Betriebe als Jagdreviere für das Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Als der Dezerent auf die Verordnung des Ministers verwies, antworteten sie ihm, an ihren Beschlüssen sei nichts zu ändern, und die Behörden hätten sich mit dieser Tatsache abzufinden.

Dieses Vorgehen der Ruhrindustriellen enthält den Geist eines Kapitalismus, den viele in Deutschland längst überwunden glaubten. Ihm kommt es auf den Gewinn an. Die eigenen Volksgenossen sind nur das Werkzeug, ihn herbeizuwirtschaften. Ist er bedroht, dann gilt die Masse als hinderlich. Noch im Jahre 1920 bettelten Stinnes und Konsorten geradezu um deutsche Arbeiter. Sie versprachen ihnen die Durchführung eines großzügigen Stützungsprogrammes, weil damals die Arbeiter zur Steigerung der Kohlenproduktion notwendig gebraucht wurden. Tausende haben 1920 ihren Beschäftigungskreis auf, um, aus nationalen Gründen, zu der not-

wendigen Steigerung der Kohlenproduktion beizutragen, nicht zuletzt aber auch auf Grund der ihnen gemachten Versprechungen. Sie wollten sich durch Arbeit wenigstens für spätere Tage ein eigenes Heim schaffen. Heute, nachdem ihre Arbeitskraft genötigt ausgenutzt ist, findet man sie überflüssig,

verlangt ihre Deportation

und will sie vollständig dem Elend überlassen. Moral und Volkstum, oft gepredigte Not- und Schicksalsgemeinschaft sind den Industrieherrn jetzt, wo sie wieder ihre alte Macht fühlen, lächerlicher Pöppel. Wir müssen gefahren: die französische Besatzungsbehörde war während der Okkupationszeit weniger kaltberzig. Sie hat nur Tausende ausgewiesen. Die Halbgötter des Bergbauischen Vereins und des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie zwingen Millionen, Heim und Scholle zu verlassen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Wie entschuldigend man diese Maßregeln, die kein Beispiel in der europäischen Wirtschaftsgeschichte haben? Gewiß, das Land kann nicht mehr wie früher kaufen, und der Export liegt zum Teil brach. Aufträge werden nicht mehr, und viele Schornsteine rauchen nicht mehr.

Wer aber hat diese Krise verschuldet?

Wer hat ihre Grundursache, die Inflation, mit allen Kräften gefördert? Herr Stinnes, der ungeliebte König der Kohlen- und Stahlrepublik in Westfalen, konnte darüber entscheidende Auskunft geben. Eine Reihe von Wirtschaftsverbänden der Bergbauindustrie hat ja den Herren des Bergbauverbandes der Eisen- und Stahlindustrie den Vorwurf gemacht, durch überlegte Preise die Einkaufs- und Beschäftigungsmöglichkeiten völlig untergraben zu haben. Derselben Leute haben an der Dumpingpolitik profitiert und in den verflochtenen Jahren der Schwindelpolitik jenen Teufelskreis in den Tiefen ausländischer Banken angelegt, der jetzt, wenn man ihn für die heimische Industrie nutzbar machen wollte, über die schlimmste Zeit hinweghelfen könnte. Wer verhinderte überhaupt die notwendige Wirtschaftsreform, um Krisis und Flaute ersichtlich zu beheben? Es waren jene Leute, die heute die Einheit eines Volkes und Einheit eines allen historischen Wirtschaftsverbänden aufs Ziel setzen,

weil die Profitrate bedroht ist.

Diese Feststellung bedeutet keineswegs eine Verkennung des gigantischen Kampfes, der gegenwärtig im Rhein- und Ruhrgebiet um seine Industrie angesetzt wird. Wer verkennen auch nicht jene furchtbare Belastung, die Frankreich dieser Industrie zumutet. Wenn die Ruhrindustriellen sie aber ausschließlich auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen wollen, verlangen sie etwas Unmögliches. Die Ruhrindustrie will schließlich durch Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Löhne ein neues Dumping schaffen. Sie will, auf Kosten der Arbeiterschaft, ihre Ware unter Preis auf dem Weltmarkt verkaufen. Sie muß wissen, daß sie damit die deutsche Wirtschaft nicht sanieren kann. Nicht durch billige und Schwundware, sondern nur durch Qualitätsware kann sie die durch ihre Schuld verlorengegangenen Märkte wieder erringen. Verloren ist ja für die Großindustrie die schlechte wirtschaftliche, ihren Plänen günstige Situation. Vielleicht ist es ihr möglich, jene wirtschaftsfeindlichen Pläne durchzuführen und der Arbeiterschaft die neue Kannte anzulegen. Aber einmal kommt der Tag, an dem der gefesselte Riese sich wieder erhebt. Dann ist aber eine Umwälzung, die zur gemeinschaftlichen Arbeit in der Wirtschaft, um der Produktion willen, hätte führen können, zerstört und die

Einheit und Freiheit eines großen Volkes geopfert.

Vielleicht wird dann dieselbe Industrie erkennen, daß sie, in jenen kritischen Verhältnissen des Jahres 1923, nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch sich selbst das Grab gegraben hat.

Die Reichsregierung hat aus dem ihr zur Verfügung stehenden unversicherten Darlehen von 300 Millionen Rentenmark 50 Millionen angefordert und für die Reichsbank zur Einlösung von Schatzanweisungen überwiesen. Die Reichsbank wird die ihr überwiesenen Rentenmark sofort durch Umlauf gegen Papiermarknoten in den Verkehr bringen, und zwar soll vorläufig ausschließlich der Lebensmittelhandel berücksichtigt werden.

Umstellung des Postfachverkehrs auf Rentenmark.

Berlin, 17. November.
Der Reichspostminister hat dem Reichskabinett den Entwurf einer Verordnung vorgelegt, die die Umstellung des gesamten Postfachverkehrs auf die Rentenmark in den ersten Tagen des Dezember vorsieht. Vom 1. Dezember ab werden die Postschekken vorausichtlich über ihre Guthaben in Rentenmark verfügen können. Den Postschekken geht Nachricht von den Postschekken zu. Die Überweisungen und Schecks werden dann auf Rentenmark auszustellen sein. Die Zahlarten hätten bereits vom 3. Dezember ab auf Rentenmark zu lauten. Bei der Einzahlung werden, neben Rentenmark, bis auf weiteres auch Anleiheküde und Zwischscheine bis 21 M. (5 Dollars) der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches in Zahlung genommen werden. Ferner wird die Postverwaltung vom 1. Dezember ab, neben den auf Papiermark lautenden Postanweisungen im inneren Verkehr, auch Postanweisungen auf Rentenmark einführen.

Goldmarkgehälter im Bank- gewerbe.

Von 72 bis 225 Mark.

Berlin, 17. November.

Ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteter Schlichtungsausschuß hat gestern einen Schiedsspruch für das Bankgewerbe gefällt, der Goldmarkgehälter in Höhe von 72 bis 225 M. monatlich vorsieht. Der Spruch ist von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt, von den Arbeitnehmerverbänden angenommen worden. Dem „Berliner Volksanzeiger“ zufolge dürfte der Reichsverband der Bankangehörigen dem Schiedsspruch voraussichtlich seine Zustimmung versagen. Die Organisationen der Bankangehörigen haben sich ihre Stellungnahme zum Schiedsspruch vorbehalten.

Dr. Jarres demontiert.

Berlin, 17. November.

Der Reichsminister des Innern vernachlässigt sich in einem durch W. F. B. verbreiteten Dementi gegen eine ihm betreffende Veröffentlichung des „Soz. Parlamentsdienstes“. In dieser Veröffentlichung wurde u. a. darauf verwiesen, daß der Reichsminister des Innern bereits am Dienstag in einer vor seinen Beamten gehaltenen Antrittsrede mit dem „vorübergehenden“ Verlu des Ruhrgebietes gespielt habe.

Hierzu bemerkt der Soz. Parlamentsdienst:

„Die Verwahrung des Herrn Dr. Jarres ist in Wirklichkeit eine Verhöhnung unserer Behauptungen, die wir übrigens nach wie vor aufrechterhalten und durch Erklärungen im Rührgebieternauskunft noch ergänzen können. Aber selbst wenn Herr Dr. Jarres die Verwendung von dem „vorübergehenden“ Verlu des Ruhrgebietes nicht gebraucht hätte, würde an unserer Haltung nichts geändert werden. Denn die in erster Linie von ihm demonte Politik muß praktisch zu einem beträchtlichen Verlust führen. Das ist nicht nur die Auffassung des Soz. Parlamentsdienstes, sondern weiter Kreise des deutschen Volkst!“